

## **Protokoll der Einwohnerversammlung** **Stuttgart – Hedelfingen**

---

**Datum** 24. Juli 2017  
**Beginn** 19:00 Uhr  
**Ende** 21:15 Uhr  
**Ort** Turn- und Festhalle Hedelfingen,  
Hedelfinger Str. 149, 70329 Stuttgart

---

**Vorsitz** Herr Oberbürgermeister Kuhn  
**Protokollführung** Frau Unger

### **I. Begrüßung durch den Bezirksvorsteher**

Herr Bezirksvorsteher Freier begrüßt die Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Hedelfingen und freut sich über deren zahlreiches Erscheinen. Besonders begrüßt er Herrn Oberbürgermeister Fritz Kuhn, der im Anschluss sprechen wird. Weiterhin begrüßt Herr Bezirksvorsteher Freier Herrn Bürgermeister Thürnau (Technisches Referat), Herrn Bürgermeister Dr. Schairer (Referat Sicherheit, Ordnung und Sport), Frau Bürgermeisterin Fezer (Referat Jugend und Bildung), Herrn Bürgermeister Wölfle (Referat Soziales und gesellschaftliche Integration), Herrn Bürgermeister Pätzold (Referat Städtebau und Umwelt) und Herrn Bürgermeister Dr. Mayer (Referat Allgemeine Verwaltung, Kultur und Recht). Herr Bezirksvorsteher Freier freut sich zudem, aus dem Stuttgarter Gemeinderat begrüßen zu können: Herrn Fritz Currle (CDU), Herrn Fraktionsvorsitzenden Martin Körner (SPD), Herrn Jochen Stopper (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und Frau Ilse Bodenhöfer-Frey (Freie Wähler), die im Stadtbezirk Hedelfingen wohnt. Herzlich willkommen heißt Herr Bezirksvorsteher Freier auch Herrn Regionalrat Thomas Leipnitz (SPD). Sein Gruß gilt ferner den Mitgliedern des Hedelfinger Bezirksbeirats: Herr Hans Eisele (CDU), Frau Dr. Petra Püchner (CDU), Herr Roger Schenk (CDU), Frau Mailin Frey (Freie Wähler), Frau Dr. Annette Baisch (Freie Wähler), Frau Karin Kaiser (Freie Wähler), Herr Eberhard Schweizer (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Herr Jürgen Klee (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Frau Brigitte Werner (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und Frau Regina Erben (SPD).

Weiterhin begrüßt er herzlich seine Kolleginnen Dagmar Wenzel, Bezirksvorsteherin im Stadtbezirk Untertürkheim, und Beate Dietrich, Bezirksvorsteherin im Stadtbezirk Wangen, mit ihrer Stellvertreterin Renate Markgraf sowie seinen geschätzten Vorgänger als Bezirksvorsteher in Hedelfingen, Herrn Hans-Peter Seiler.

Nicht einzeln und namentlich, aber sehr herzlich begrüßt er die zahlreichen Vertreter und Engagierten aus den örtlichen Vereinen, den Kirchen und allen anderen Organisationen, zum Beispiel der Freiwilligen Feuerwehr, sowie die Gewerbetreibenden im Stadtbezirk.

Herr Bezirksvorsteher Freier dankt allen, die an der Vorbereitung der Einwohnerversammlung beteiligt waren, sowie den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die auch am heutigen Abend im Einsatz sind. Insbesondere nennt er die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Haupt- und Personalamts und der Abteilung Kommunikation sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksamts Hedelfingen: Barbara Eisele, Heike Heckle, Martina Schrempf, Sylvia Unger und Bernhard Bücheler. Sein herzlicher Dank gilt auch den Einrichtungen, Vereinen und städtischen Ämtern, die sich bei der heutigen Einwohnerversammlung präsentieren, der AWO Begegnungsstätte, dem Verein SportKultur e. V., den Jugendrätinnen Esmeray Acar und Michelle Biotic, der Steinenbergschule, dem Jugendamt sowie dem Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung.

Herr Bezirksvorsteher Freier dankt zudem der Weingärtnergenossenschaft Hedelfingen, die die Gäste heute abend mit Getränken bewirbt, und der Freiwilligen Feuerwehr Hedelfingen, die auch bei der Vorbereitung der Einwohnerversammlung sehr unterstützt hat.

Er freue sich nun auf die Ausführungen von Herrn Oberbürgermeister Kuhn und die sich anschließende Aussprache.

## **II. Rede von Oberbürgermeister Kuhn**

Herr Oberbürgermeister Kuhn dankt Herrn Bezirksvorsteher Freier, begrüßt die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Hedelfingen und schildert kurz den geplanten Ablauf der Einwohnerversammlung.

Hedelfingen, das im Jahr 1246 erstmals urkundlich erwähnt wurde, sei mit seinen Stadtteilen Rohracker, Lederberg und Hafen ein sehr lebenswerter Ort im Grünen sowie ein Ort lebendiger Weinkultur und aktivsten Vereinslebens. Allerdings leide der Stadtbezirk Hedelfingen auch massiv unter dem Autoverkehr, deshalb werde man über das Thema Verkehr, das in anderen Stadtbezirken ebenfalls das Hauptproblem darstelle, heute noch ausführlich zu sprechen haben.

Zunächst möchte Herr Oberbürgermeister Kuhn einige statistische Daten nennen. Zum 31.12.2016 hatte der Stadtbezirk Hedelfingen 10.102 Einwohnerinnen und Einwohner, somit sei seit der letzten Einwohnerversammlung im Jahr 2010 ein Zuwachs von 1.100 Einwohnerinnen und Einwohnern zu verzeichnen. Der Ausländeranteil habe damals bei 22,6 % gelegen und liege heute bei 28,7 %. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, d. h. von Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit, deren Eltern und Großeltern aus einem anderen Land kommen, liege bei 47,2 %. In Hedelfingen wohnten Menschen aus 92 Ländern, somit sei Hedelfingen ein sehr international geprägter interkultureller Stadtbezirk. Herr Oberbürgermeister Kuhn achte stets auf den Anteil der Einpersonenhaushalte, der in Hedelfingen 46,9 % betrage

und damit unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt von 51,5 % liege. Die Zahl zeige, wie unsere Gesellschaft heute verfasst ist und sei auch wichtig für die Frage, welche Wohnungsgrößen im Wohnbau benötigt werden. Der Anteil der Haushalte mit Kindern liege in Hedelfingen mit 19,4 % leicht über dem gesamtstädtischen Durchschnitt mit 17,5 %. Diese Zahlen seien im Hinblick auf Schulen und Kindergärten von Bedeutung. Bei den im Hafengebiet ansässigen Unternehmen seien insgesamt ca. 3.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt.

Im Stadtbezirk Hedelfingen gebe es zahlreiche wichtige Gebäude. Herr Oberbürgermeister Kuhn nennt beispielhaft das Bürgerhaus am Hedelfinger Platz sowie die Alte Schule in Rohracker.

Hedelfingen sei mit den Stadtbahnlinien U9 und U13 sowie den Buslinien 62 und 65 im stadtweiten Vergleich sehr gut an den ÖPNV angebunden. Die Taktfrequenz der U13 sei im Rahmen des Programms „Nachhaltig mobil in Stuttgart“ tagsüber erhöht worden. Wenn es gelinge, die Buslinie 65 durch einige noch durchzuführende Maßnahmen zu beschleunigen, dann traue sich die SSB zu, die Linie bis zum Flughafen zu verlängern. Die Buslinie 62 müsse wegen Bauarbeiten bis September 2017 unterbrochen werden. Dies werde mit einigen Erschwernissen verbunden sein, dafür werde jedoch eine barrierefreie Haltestelle eingerichtet. Die Kindertagesstätte Tiefenbachstraße 70 erhalte die auch vom Bezirksbeirat gewünschte Photovoltaikanlage. Die Stadt Stuttgart wolle im Rahmen des Programms Urbanisierung der Energiewende bis zum Jahr 2050 ohne Atom- und Kohlestrom auskommen. Um dieses Ziel zu erreichen, versuche man unter Einbeziehung der Industrie und der Bürgerinnen und Bürger in der ganzen Stadt Energie einzusparen und dort, wo es möglich ist, Photovoltaikanlagen und Sonnenkollektoren auf die Dächer zu bringen. Die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses sei positiv für die Stadt und stelle einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz dar. Wer an einer Photovoltaikanlage interessiert sei, könne sich bei den Stadtwerken Stuttgart beraten lassen, z. B. auch zur Verbindung von Solarenergie mit Elektromobilität, d. h. der mittels Photovoltaik gewonnene Strom werde zum Aufladen des Elektroautos genutzt. Die beste Antwort auf die Stickoxid-Diskussion wäre ein systematischer Umstieg der Stuttgarterinnen und Stuttgarter auf Elektromobilität, da bei Elektrofahrzeugen keine Stickoxidemissionen entstünden. Feinstaub werde hingegen beim Bremsvorgang auch von Elektrofahrzeugen erzeugt, die Feinstaubemission sei aber insgesamt geringer als bei konventionell betriebenen Fahrzeugen.

Herr Oberbürgermeister Kuhn weist auf die im Vorfeld der Einwohnerversammlung durchgeführte Kinderbeteiligung hin, bei der die Kinder nach ihren Wünschen für den Stadtbezirk gefragt worden seien. Hierbei habe sich herauskristallisiert, dass die Kinder unmittelbar am Ort bessere Möglichkeiten haben möchten, um sich bewegen und gefahrlos spielen zu können. Genannt worden sei zum Beispiel der Wunsch nach Wasser zum Schwimmen und Planschen sowie der Wunsch nach einer Eisdielen. Die Kinderbeteiligung stelle ein neues Instrument der Stadt Stuttgart dar, um die Meinung der zukünftigen Bürgerinnen und Bürger zu hören und sie mitreden zu lassen. Die Kinder nehmen aktiv an der Gestaltung ihres Umfeldes teil und lernen dabei auch Demokratie.

Zur Schulsituation führt Herr Oberbürgermeister Kuhn aus, dass man den Gemeinderatsbeschluss, an der Steinenbergschule eine Gemeinschaftsschule einzurichten,

nicht habe umsetzen können. Nach Auskunft des Regierungspräsidiums sei eine Neugründung erforderlich, für die nicht nur eine bestimmte Anzahl von Lehrern von anderen Schulen eine Konzeption entwerfen müssten, sondern diese Lehrer müssten sich auch verpflichten, künftig an die neuzugründende Schule zu wechseln. Solche Lehrer habe man nicht gefunden, was jedoch nicht an der Steinenbergschule liege, sondern daran, dass die Lehrer an ihren jetzigen Schulen sehr engagiert an der Verbesserung der Schulqualität arbeiten. Deshalb könne man das Projekt Gemeinschaftsschule seiner Überzeugung nach als gescheitert betrachten. Aus dem Stadtbezirk Hedelfingen komme der Wunsch nach Einrichtung einer weiterführenden Schule am Standort Steinenbergschule. Um die Möglichkeit einer weiterführenden Schule prüfen zu können, müsse der Gemeinderat die Verwaltung zunächst von dem Auftrag der Einrichtung einer Gemeinschaftsschule entbinden.

Die Filderauffahrt stelle einen weiteren Punkt dar, der viele Einwohnerinnen und Einwohner Hedelfingens interessiert. Der Gemeinderat habe in einer Stellungnahme zum Regionalplan mehrheitlich beschlossen, dass die Maßnahme M 345 untersucht werden solle. Hierbei handle es sich nicht um die alte Variante der Filderauffahrt, von der seit rund 30 Jahren die Rede sei, sondern um eine neue Variante mit einem langen Tunnel von der B 14 bis zur B 27. Der Bundesverkehrswegeplan enthalte weder die alte noch die neue Variante der Filderauffahrt, was jedoch die entscheidende Voraussetzung für eine Realisierung der Maßnahme sei. Die Filderauffahrt sei weder von der Landesregierung angemeldet, noch von der Bundesregierung in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen worden. Die Nord-Süd-Umfahrung stehe hingegen im Bundesverkehrswegeplan, mache aber ohne eine Filderauffahrt wenig Sinn, da man sonst mehr Verkehr auf der B 10 haben werde. Da die Filderauffahrt nicht im Bundesverkehrswegeplan enthalten ist, müsse man realistisch betrachtet davon ausgehen, dass sie in den nächsten 30 bis 40 Jahren nicht gebaut wird und es stelle sich die schwer zu entscheidende Frage, wie der Verkehr in der Region in 30 bis 40 Jahren aussehen wird. Für Herrn Oberbürgermeister Kuhn habe die Verbesserung des ÖPNV Priorität. Er gestattet sich die politische Anmerkung, es sei ein bisschen schwierig, dass die GRÜNEN innerhalb von 5 Jahren etwas umsetzen sollen, das die CDU in 40 Jahren nicht zustande gebracht hat.

Man müsse zudem beachten, dass die in den nächsten Monaten zur Entscheidung anstehende Frage, ob das Geschwister-Scholl-Gymnasium in Sillenbuch neu gebaut oder saniert wird, Auswirkungen auf die alte Variante der Filderauffahrt (M 319) hat, denn im Falle eines Neubaus würde die für die Filderauffahrt vorgesehene Fläche tangiert. Eine Mehrheit in Sillenbuch scheine sich für den Neubau auszusprechen.

Für den Erhalt der kulturprägenden Landschaft, insbesondere in den oberen Neckarvororten, erachtet Herr Oberbürgermeister Kuhn die Sanierung der Weinberge mit den alten Trockenmauern für sehr wichtig und bedeutend. Die Verwaltung habe für den Doppelhaushalt 2018/2019 Mittel für Sanierungsmaßnahmen und die Verbesserung der Zufahrt im Gewann Hohe Halde angemeldet, über deren Bereitstellung der Gemeinderat im Dezember 2017 entscheide.

Die SSB halte die Verlängerung der Buslinie 64 vom Frauenkopf über den Speidelweg bis nach Hedelfingen bei dem zu erwartenden Verkehrsaufkommen für nicht finanzierbar, zumal der Speidelweg für den Autoverkehr vollständig gesperrt, Busausweichstellen gebaut und kleinere Busse eingesetzt werden müssten. Auch die Stadtverwaltung priorisiere stattdessen die Verlängerung der Buslinie 65 bis zum Flughafen, da dies leichter und wirtschaftlicher umgesetzt werden könne.

Die Stadt Stuttgart habe gemeinsam mit einer erheblichen Anstrengung den großen Flüchtlingsansturm in den Jahren 2015 und 2016 hervorragend gemeistert. Innerhalb sehr kurzer Zeit hätten 8.500 Flüchtlinge aufgenommen werden müssen und dies sei in der bis auf Herrn Oberbürgermeister Rommel zurückreichenden Tradition erfolgt. Dies bedeute, dass man die Geflüchteten sehr aktiv aufgenommen und dezentral in fast allen Stadtbezirken untergebracht hat. Die Zahl der in Stuttgart untergebrachten Flüchtlinge baue sich langsam ab und liege derzeit bei rund 7.000. Besonders gefreut habe sich Herr Oberbürgermeister Kuhn über die zahlreichen freiwilligen Helfer, die sich ehrenamtlich in Freundeskreisen engagiert und sofort um die Flüchtlinge gekümmert haben. Oft hätten sich bereits schon vor der Ankunft der Flüchtlinge Freundeskreise gegründet oder es seien frühere Freundeskreise wieder zusammgekommen, um die Flüchtlinge zu empfangen und bei einer guten Unterbringung zu helfen. Auch die Turn- und Versammlungshalle Hedelfingen sei vom 16.10.2015 bis 21.07.2016 als Notunterkunft benötigt worden. Er sei sich bewusst, dass dies den Sportvereinen und anderen Nutzern viele Opfer abverlangt habe, aber es sei notwendig gewesen und habe in der damaligen Situation sehr weitergeholfen. Herr Oberbürgermeister Kuhn möchte allen Bürgerinnen und Bürgern des Stadtbezirks Hedelfingen, die bei der Unterbringung und Unterstützung der Flüchtlinge mitgearbeitet und mitgeholfen haben, ein herzliches Dankeschön und seine volle Achtung aussprechen. Ohne bürgerschaftliches Engagement sei diese Herausforderung nicht zu bewältigen gewesen.

Der Stadtbezirk Hedelfingen habe viele Probleme, mit denen auch die Gesamtstadt konfrontiert sei. Viele Menschen wollten in Stuttgart wohnen, da es eine attraktive Stadt mit zahlreichen Arbeitsplätzen ist, aber in Stuttgart gebe es zu wenig bezahlbaren Wohnraum. Die Stadt Stuttgart könne zwar den Neubau von Kindertagesstätten finanzieren, aber bei den hohen Mietpreisen in Stuttgart sei es sehr schwierig, Erzieherinnen und Erzieher zu finden und wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter außerhalb Stuttgarts wohnen, habe man das Verkehrsproblem, sei es durch Staus oder durch überfüllte S-Bahnen. Daher müsse mehr bezahlbarer Wohnraum in Stuttgart geschaffen werden, wobei im Hinblick auf die vielen Einpersonenhaushalte auch die Zahl der Einzimmerapartments erhöht werden sollte. Auf diesen Aspekt habe Herr Oberbürgermeister Kuhn die SWSG bereits hingewiesen. Herr Bürgermeister Föll nehme momentan an einer Aufsichtsratssitzung der SWSG teil und werde im Laufe des Abends noch in Hedelfingen erwartet.

Ein weiteres Problem stelle der Verkehr generell dar. Das Verkehrsproblem werde sich nicht allein durch neue Straßen und Tunnels lösen lassen. Wichtig sei es, überflüssigen Verkehr zu vermeiden und den ÖPNV weiter auszubauen, so wie dies z. B. mit der Verlängerung der Stadtbahnlinie U 12 von Dürtlewang bis nach Remseck und dem Neubau der Stadtbahnlinie U 16 zwischen Fellbach und Giebel in Stuttgart auch geschehe. Ab Oktober 2017 werde wieder die Linie U 19 zwischen Neugereut und Neckarpark eingesetzt. Es sei vorgesehen, diese Linie möglichst bald bis zum Mercedes-Benz-Museum bzw. Werkstor der Firma Daimler zu verlängern, so dass neue Möglichkeiten entstehen, auf den ÖPNV umzusteigen.

Der Klimawandel Sorge dafür, dass es in den Städten immer wärmer wird. Dies gelte vor allem für die Bezirke Stuttgart-Mitte, -West und -Süd und wahrscheinlich auch für Teile Bad Cannstatts. Stuttgart brauche daher mehr grüne Infrastruktur. Man müsse ein richtiges Band von Bäumen, Hecken, Sträuchern und begrüntem Dächern schaf-

fen, da es sonst während des Sommers in der Stadt zu heiß wird und ein Aufenthalt in der Stadt nicht mehr gesund wäre.

Grüne Infrastruktur sei überdies u. a. auch für Bienen wichtig. In deutschen Städten stelle man fest –auch die Stadt Stuttgart verfüge mittlerweile über „Rathaus-Honig“, dass der von Bienen in der Stadt produzierte Honig von nahezu besserer Qualität ist als Honig vom Land. Die Stadtgärtnerei verwende kein Glyphosat mehr, was zu einer besseren ökologischen Qualität beitrage.

Insgesamt betrachtet stehe die Stadt Stuttgart aufgrund der starken Wirtschaft und der sparsamen Haushaltspolitik während der letzten Jahre gut da. Im Vergleich zu anderen Städten habe Stuttgart wenig Schulden und könne sich auch künftig auf Investitionen konzentrieren.

Hiermit kommt Herr Oberbürgermeister Kuhn zum Schluss seiner Ausführungen. Er bittet die Einwohnerinnen und Einwohner, alles vorzubringen, was sie stört oder freut, so dass sich ein intensives Gespräch entwickelt, denn dazu seien die Einwohnerversammlungen da.

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
1	<p><u>Thema: Steinenbergschule</u></p> <p>Ein Bürger spreche für den Elternbeirat der Steinenbergschule. Nach jahrelanger Diskussion um die Zukunft der Steinenbergschule hoffe der Elternbeirat, dass nunmehr endlich eine Lösung angeboten wird. Man habe zur Kenntnis genommen, dass keine Gemeinschaftsschule eingerichtet werden kann. Es sei inakzeptabel, dass es nach 40 Jahren im Stadtbezirk Hedelfingen keine weiterführende Schule mehr geben soll, zumal die Einwohnerzahl des Stadtbezirks steige. Eine Grundschule sei für den Schulstandort Steinenberg zu wenig, der Standort sei für eine weiterführende Schule ausgelegt. Der Bürger erinnert daran, wie sehr die Hedelfinger Bürger seinerzeit für die Schaffung des Schulstandorts Steinenberg gekämpft haben. Der Elternbeirat setze sich für eine weiterführende Schule mit Sekundarstufe ein und biete an, im Rahmen seiner Möglichkeiten bei der Einrichtung einer weiterführenden Schule mitzuhelfen. Es könne sich hierbei auch um die Außenstelle einer anderen Schule handeln. Welche Schulart eingerichtet wird, müsse von Fachleuten entschieden werden. Vor ca. 1,5 Jahren habe die Verwaltung den Bedarf für die Einrichtung eines Gymnasiums gesehen. Angesichts steigender Einwohnerzahlen dürfte sich daran nichts</p>	<p><u>Herr Oberbürgermeister Kuhn</u> erklärt, dass man die Idee der Gemeinschaftsschule offensichtlich aufgeben und der Gemeinderat den dazu nötigen Beschluss treffen müsse. Dann sei Frau Bürgermeisterin Fezer aufgefordert, einen Weg für eine weiterführende Schule am Steinenberg zu entwickeln. Er weist darauf hin, dass die Geburtenzahlen in ganz Stuttgart steigen, was bedeute, dass künftig mehr Kinder einzuschulen sind. Vor diesem Hintergrund könne auch die Frage der Kooperation mit anderen Schulen anders betrachtet werden.</p> <p><u>Frau Bürgermeisterin Fezer</u> führt aus, dass sie bei der heutigen Einwohnerversammlung gerne eine Lösung präsentiert hätte. Sie könne das Anliegen der Hedelfingerinnen und Hedelfinger sehr gut nachvollziehen. Der Schulstandort Steinenberg sei ein sehr schöner und großer Schulstandort, bei dem man Spielräume habe und fast schon einen Schulcampus gestalten könnte. Allerdings gebe es formale Hürden, die man nicht bei-</p>	X	

	<p>geändert haben. Der Bürger stellt die Vorzüge des Schulstandorts Steinenberg dar. Die Schule liege im Grünen und verfüge über große Freiflächen für eventuell später notwendige Erweiterungen. Der Bürger bittet Herrn Oberbürgermeister Kuhn, sich für die Stärkung des Schulstandorts in Hedelfingen mit einer weiterführenden Schule einzusetzen.</p>	<p>seiteschieben könne. Die Voraussetzungen für die Neugründung einer Gemeinschaftsschule hätten trotz großer Anstrengungen nicht geschaffen werden können. Die Verwaltung habe sich sehr bemüht, den Auftrag des Gemeinderats und auch des Bezirksbeirats, eine Gemeinschaftsschule einzurichten, umzusetzen und habe alle Werkrealschulen und Realschulen in Stuttgart angefragt, ob Lehrer/-innen bereit sind, sich in die Neugründung einer Gemeinschaftsschule in Hedelfingen einzubringen. Man habe mit den Schulleitungen und Lehrern Gespräche geführt und nachgehakt. Dass sich keine Lehrer hierzu bereit erklärt haben, liege nicht an Hedelfingen oder der Steinenbergschule, sondern daran, dass sich die Lehrer bewusst für eine Schule entschieden haben, sich dort engagieren und daher nicht einfach den Standort wechseln wollen. In Stuttgart gebe es stadtweit betrachtet einen ungedeckten Bedarf an Sekundarplätzen, insbesondere an Gymnasialplätzen. Auf die Region bezogen, gebe es jedoch nicht genügend Schülerinnen und Schüler, die ein Gymnasium in Hedelfingen besuchen würden, und das Regierungspräsidium genehmige ein neues Gymnasium nur, wenn eine dauerhafte Dreizügigkeit nachgewiesen ist. Man müsse realistisch sehen, dass Eltern, die am anderen Ende der Stadt wohnen, ihr Kind nicht auf ein Gymnasium in Hedelfingen schicken würden. Zu-</p>		
--	---	---	--	--



		<p>dem zeige die Erfahrung, dass der weite Weg von der Endhaltestelle des ÖPNV bis zur Steinenbergschule gerade von Eltern aus anderen Stadtbezirken als nachteilig gesehen wird. Frau Bürgermeisterin Fezer werde alles tun, um eine Lösung für eine weiterführende Schule am Standort Steinenberg zu finden und sie sei verhalten zuversichtlich. Es gebe verschiedene Überlegungen, die vermutlich mit anderen Schulen zusammenhängen, und der Respekt vor anderen Schulengebieten es, momentan nicht laut zu denken. Sie habe den Beschlussvorschlag für den Gemeinderat ausdrücklich so formuliert, dass die Verwaltung vom Auftrag, eine Gemeinschaftsschule zu gründen, entbunden und aufgefordert wird, eine neue Lösung für eine Sekundarstufe am Standort Steinenbergschule zu suchen. Diesem Auftrag werde sie sich gerne intensiv widmen und sie hoffe, dabei erfolgreich zu sein.</p>		
2	<p><u>Thema: Steinenbergschule</u></p> <p>Nachdem es mit dem Thema weiterführende Schule so langsam vorangehe, sehe der Elternbeirat der Steinenbergschule, dessen Mitglied er sei, die Gefahr, dass auch sämtliche Sanierungsarbeiten am Schulgebäude, wie z. B. der dringend erforderliche Ausbau der Mensa, auf der Strecke bleiben. Alle EI-</p>	<p><u>Frau Bürgermeisterin Fezer</u> räumt ein, dass die Essensversorgung an der Steinenbergschule nicht zufriedenstellend ist. Bevor man umfangreiche Baumaßnahmen vornimmt, müsse man jedoch wissen, in welche Richtung es mit der Schule weitergeht. Diese Richtung werde man in absehbarer Zeit ken-</p>	X	

	<p>tern beklagten die derzeit schlechte Qualität der Essensversorgung und er fordert die Verwaltung auf, wenigstens hinsichtlich des unsäglichen Zustands der Mensa eine schnelle Lösung zu finden.</p>	<p>nen, sie hoffe, noch in diesem Jahr. Dann werde man dem Gemeinderat einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten und infolgedessen auch wissen, wie man bei dem Thema Sanierungsmaßnahmen, insbesondere bzgl. der Mensa, weiter vorgeht.</p>		
3	<p><u>Thema: Steinenbergschule</u></p> <p>Eine Bürgerin appelliert daran, nochmals auf die Schulleitungen der für eine Kooperation mit der Steinenbergschule in Betracht kommenden Schulen zuzugehen und das Gespräch zu suchen, auch wenn die in der Vergangenheit bereits geführten Gespräche offenbar etwas schwierig verlaufen sind. Sie wisse, dass bezüglich des Standorts Steinenbergschule Ideen vorhanden sind.</p>	<p><u>Herr Oberbürgermeister Kuhn</u> fasst zusammen, dass man in einem ersten Schritt das Ziel der Gründung einer Gemeinschaftsschule aufgeben werde. Als zweiten Schritt nehme die Verwaltung auch aus dieser Einwohnerversammlung den Auftrag mit, rasch zu prüfen, wie eine weiterführende Schule am Standort Steinenberg realisiert werden kann. Drittens werde man sich überlegen, wie die Essensversorgung auch bereits vor Einrichtung einer weiterführenden Schule optimiert werden kann.</p> <p>Es könne gut sein, dass es auf eine Kooperation mit einer bestehenden weiterführenden Schule hinausläuft und man werde selbstverständlich mit den in Betracht kommenden Schulen neu und freundlich die Kommunikation aufnehmen.</p>	<p>X</p> <p>X</p> <p>nein</p>	<p>Ref. JB</p>

4	<p><u>Thema: Steinenbergschule</u></p> <p>Die erste Frage von einer Bürgerin betrifft das Konzept der Steinenbergschule als verpflichtende Ganztageschule. Sie erkundigt sich, ob die Möglichkeit besteht, einen weiteren Zug oder einen der bereits vorhandenen Züge mit Kernzeitbetreuung anzubieten, damit in Hedelfingen wohnende Eltern, die ihre Kinder nicht den ganzen Tag verpflichtend in einer Grundschule unterbringen möchten, nicht darauf angewiesen sind, einen Umschulungsantrag zu stellen, und dann darauf hoffen müssen, dass die Tiefenbachschule in Rohracker ihr Kind aufnimmt, denn andernfalls müssten sie weite Wege gehen, um ihr Kind an einer anderen Grundschule einschulen zu können.</p> <p>Die zweite Frage von der Bürgerin betrifft die gymnasiale Versorgung. Angesichts dessen, dass das Württemberg-Gymnasium komplett überfüllt ist und das Geschwister-Scholl-Gymnasium keine Kinder aus Hedelfingen mehr aufnimmt, könne sie die Aussage, dass sich ein zweizügiges Gymnasium in Hedelfingen nicht lohnen würde, nicht verstehen.</p>	<p><u>Frau Bürgermeisterin Fezer</u> stellt klar, sie habe nicht gemeint, dass sich ein zweizügiges Gymnasium nicht lohne. Das Regierungspräsidium würde ein zweizügiges Gymnasium nicht genehmigen, da ein zweizügiges Gymnasium nicht die von den Gymnasiasten benötigte Qualität anbieten könnte. Ein Gymnasium müsse mindestens dreizügig sein. Dies bedeute, dass man einen dauerhaften Bedarf für ein dreizügiges Gymnasium nachweisen muss und dies sei anhand der Schülerzahlen derzeit nicht möglich.</p> <p>Die Entscheidung für die verpflichtende Ganztageschule sei von der Schulgemeinde der Steinenbergschule, also von der Schulleitung, dem Elternbeirat und den Eltern, getroffen worden und könne von der Verwaltung nicht einfach geändert werden. Für die Entscheidung habe es gute pädagogische Gründe gegeben und die Landeshauptstadt Stuttgart als Schulträger habe dem Wunsch der Schulgemeinde Folge geleistet und eine Ganztageschule eingerichtet.</p>	X	
---	--	---	---	--

<p>5</p>	<p><u>Thema: Steinenbergschule</u></p> <p>Da in den letzten Jahren viel über die Zukunft der Steinenbergschule diskutiert worden sei ohne konkretes Ergebnis und man keinen Referenzmeilenstein gehabt habe, an dem man sich hätte orientieren können, interessiert sich ein Bürger für den Zeitplan und erbittet eine konkrete Auskunft, wann eine Entscheidung hinsichtlich einer weiterführenden Schule getroffen werden kann.</p>	<p><u>Herr Oberbürgermeister Kuhn</u> hält es für etwas fahrlässig, jetzt einen Zeitpunkt für die Entscheidung über eine weiterführende Schule zu nennen, da diese Entscheidung u. a. auch vom Verlauf der Gespräche mit anderen Schulen abhängt. Man müsse schließlich eine Lösung finden, die funktioniert und auch genehmigungsfähig ist.</p> <p><u>Frau Bürgermeisterin Fezer</u> legt dar, dass man dem Gemeinderat im kommenden Halbjahr einen Vorschlag unterbreiten wolle. Sie gehe davon aus, dass der Gemeinderat die Verwaltung im September 2017 beauftragen wird, weitere Lösungen zu entwickeln. Hierbei werde man nochmals mit anderen Schulen Gespräche führen, aber gehe es auch darum, den Investitions- und Erweiterungsbedarf zahlreicher Schulen in dieser Region zu berücksichtigen, um einen soliden Vorschlag machen zu können. Die Entscheidung werde nicht allein vom Schulverwaltungsamt getroffen und hänge auch nicht allein vom Verlauf der Gespräche mit anderen Schulen ab. Die Entscheidung treffe der Gemeinderat und es komme dann darauf an, ob das Regierungspräsidium diese Lösung mitträgt. Es seien also sehr viele Akteure involviert.</p>	<p>X</p>	
----------	---	---	----------	--

<p>6</p>	<p><u>Thema: Verlängerung der Buslinie 65, Fahrverbot in Stuttgart</u></p> <p>Ein Bürger möchte wissen, wann die Buslinie 65 bis zum Flughafen weitergeführt wird.</p> <p>Ferner berichtet er, dass in Hedelfingen kürzlich Plakate aufgestellt worden seien mit der Aussage, dass Fahrverbote in der Stuttgarter Innenstadt zu einer erheblichen Verkehrszunahme in Hedelfingen führen würden. Er erkundigt sich, was die Stadt gedenkt, hiergegen zu unternehmen.</p>	<p><u>Herr Bürgermeister Thürnau</u> erklärt, dass es zunächst noch einiger Beschleunigungsmaßnahmen bedarf, bevor die Buslinie 65 bis zum Flughafen verlängert werden kann. Hierbei handle es sich um bauliche Maßnahmen mit einem Kostenaufwand von rund 2,3 Mio. Euro, die zum kommenden Doppelaushalt 2018/2019 angemeldet würden. Nach Genehmigung des Haushaltsplans im kommenden Frühjahr könne die Planung und Ausschreibung erfolgen, so dass man von einer Fertigstellung der Baumaßnahme bis Ende 2018/Anfang 2019 ausgehe, sofern alles gut laufe. Herr Bürgermeister Thürnau rechne damit, dass die Buslinie 65 frühestens im Jahr 2019 bis zum Flughafen fahren wird.</p> <p><u>Herr Oberbürgermeister Kuhn</u> führt aus, dass es derzeit noch keinen beschlossenen Luftreinhalteplan gebe, insofern seien auch noch keine Fahrverbotsschilder aufgestellt worden. Der Stuttgarter Gemeinderat habe sich mehrheitlich gegen die vom Land vorgeschlagenen Verbotssmaßnahmen und einstimmig für die blaue Plakette ausgesprochen, die aber auf Bundesebene umgesetzt werden müsse. Die Stadt Stuttgart habe keine eigene Zuständigkeit in der Frage, ob die Stickoxidreduktion auch über eine Fahrzeug-</p>	<p>X</p>	
----------	---	--	----------	--

		<p>nachrüstung ermöglicht werden kann. Der Luftreinhalteplan des Landes, über den im August 2017 abschließend entschieden werde, befinde sich in der Anhörungsphase. Am Ende werde das Regierungspräsidium den Luftreinhalteplan verabschieden, wodurch dieser Gesetzeskraft erlangt und von der Stadt Stuttgart umgesetzt werden müsse. Genauere Informationen könne man erst Ende August geben, wenn der Inhalt des Luftreinhalteplans bekannt ist. Herr Oberbürgermeister Kuhn betont, dass der Gemeinderat eine Reihe von Verbesserungen für den ÖPNV einstimmig beschlossen habe.</p>		
7	<p><u>Thema: Hohe Ozonwerte und Begrünung im Hafen</u></p> <p>Ein Bürger weist darauf hin, dass im Hafengebiet in Hedelfingen seit Jahren die höchsten Ozon-Werte Stuttgarts gemessen würden. Herr Oberbürgermeister Kuhn habe von einer grünen Infrastruktur gesprochen, die er im Hafen jedoch nicht erkennen könne. Stattdessen werde eine Halle nach der anderen gebaut. Er fragt, ob es die Bauordnung nicht ermöglicht, im Hafen eine vernünftige Begrünung, z. B. durch Dachbegrünung und Baumpflanzungen, vorzuschreiben.</p>	<p><u>Herr Bürgermeister Pätzold</u> legt dar, dass dieses Thema auch der Stadtverwaltung am Herzen liege. Man sei daher dabei eine Begrünungssatzung zu erarbeiten, um im Hafen, wo ein Bebauungsplan gilt, insbesondere auch hinsichtlich der Dachbegrünung von Neubauten mehr Handlungsrechte zu haben.</p> <p><u>Herr Oberbürgermeister Kuhn</u> fügt an, dass mehr Grün im Hafen sich auf das Stadtklima im Neckartal sehr positiv auswirken würde. Das Thema grüne Infrastruktur nehme Fahrt auf und man werde schauen, was im Hafen verbessert werden kann.</p>	X	

8	<p><u>Thema: Stadt am Fluss, Lärmschutz, Verkehr, Radwege, Wohnungsbau</u></p> <p>Eine Bürgerin bringt vor, dass das Thema Stadt am Fluss bei der IBA 2027 ein wichtiges Thema sein werde. Entlang des Neckars würden viele Maßnahmen vorgeschlagen und umgesetzt, Hedelfingen werde aber mit Wandelwegen auf der Wangener Höhe abgespeist. Sie möchte wissen, welche konkreten Maßnahmen im Hafen bzw. am Neckar auf Hedelfinger Gemarkung geplant sind.</p> <p>Aus Lärmschutzgründen fordert die Bürgerin eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 60 km/h auf der B 10 sowie auf 30 km/h in der Rohrackerstraße. Neue Werkshallen im Hafen seien so herzustellen, dass der Lärm nicht Richtung Hedelfingen reflektiert.</p> <p>Um dem Klimawandel Rechnung zu tragen, müssten für den Hafen und angrenzende Gewerbegebiete verbindlich Dach- und Fassadenbegrünungen vorgeschrieben werden.</p> <p>Für folgende Straßen seien sichere Radwege herzustellen: Hedelfinger Straße Richtung Wangen, Talquerung Richtung Obertürkheim sowie Hedelfinger Filderauffahrt.</p> <p>Im Hedelfinger Ortskern sowie an der Stadtbahnd-</p>	<p><u>Herr Bürgermeister Pätzold</u> führt aus, dass man eine Begrünungssatzung für das gesamte Hafengebiet erarbeiten wolle, um mehr Grün in diesem Bereich zu schaffen und auch ein gewisses Druckmittel zu haben, dass die Begrünung erfolgt.</p> <p>Zum Thema Stadt am Fluss setze man gerade diverse Projekte in verschiedenen Stadtbezirken um. In Hedelfingen sei dies aufgrund des Hafens mit der dortigen Industrie, die einen gewissen Flächenbedarf hat, als auch aufgrund der Besitzverhältnisse problematisch. Die Prüfung der vorgeschlagenen Wegeverbindung entlang des Neckarkanals habe ergeben, dass der Weg mangels ausreichender Fläche und des an vielen Stellen bis zum Wasser reichenden Firmengeländes nicht möglich ist. Das Ziel sei es, eine Talquerung entlang der Brücken zu schaffen, so dass der Fluss erlebt werden kann. Hierbei richte man das Augenmerk auch auf die Brückenköpfe und die Schleusenflächen, die jedoch in die Zuständigkeit des Wasserwirtschaftsamts fielen. Es sei beabsichtigt, die Ziele in die Fortschreibung des Landschaftsparks Neckar aufzunehmen.</p> <p>Der Radweg Richtung Obertürkheim sei bereits teilweise durch Radschutzstreifen ver-</p>	X	

	<p>haltestelle fehlten Fahrradstellplätze. Auf den ehemaligen Stellplätzen der Polizei vor dem Bezirksrathaus könnten ein Behindertenparkplatz eingerichtet und Fahrradständer aufgestellt werden.</p> <p>Angesichts des Mangels an preisgünstigen Wohnungen sei es unverständlich, dass die Stadt Stuttgart beim Verkauf des Nill-Geländes nicht von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch gemacht hat, um dort preisgünstige Wohnungen zu errichten und den Wohnstandort Hedelfingen zu stärken.</p>	<p>bessert worden und man werde gemeinsam mit der SSB prüfen, ob Busspuren für den Radverkehr genutzt werden können. Richtung Sillenbuch seien ebenfalls Radschutzstreifen bzw. die Benutzung der Busspur geplant. Die Planung der Hauptradroute 2 Richtung Wangen sei mehrheitlich abgelehnt worden und eine Beauftragung durch den Ausschuss für Umwelt und Technik erfolgt, weitere Varianten darzustellen. Es sei das Ziel, sichere und direkte Radwege zu bauen. Die Variante über die Nähterstraße mit 14 % Steigung stelle keine einfache und direkte Radführung dar, weshalb die Prüfung ergebe, dass die Radwegführung über die Hedelfinger Straße geeigneter ist. Bei einem durch ein Wohngebiet führenden Radweg müssten ebenfalls Stellplätze wegfallen, was dort schwieriger sei, als in einem Gewerbegebiet. Man werde keine Verbesserung des Radverkehrs erreichen, ohne in andere Verkehrsflächen einzugreifen.</p> <p><u>Herr Bürgermeister Dr. Schairer</u> wisse, dass Hedelfingen aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens, insbesondere auch wegen des LKW-Verkehrs trotz Durchfahrtsverbot, ein Lärmproblem hat, vor allem in der Rohackerstraße und der Heumadener Straße. Unter gewissen Voraussetzungen könne eine Lärmreduzierung durch die Herabsetzung</p>		
--	---	---	--	--



		<p>der Geschwindigkeit erreicht werden. Derzeit werde geprüft, ob dies bei der B 10 möglich ist und man werde auch für die Heumadener Straße und Rohrackerstraße prüfen, ob durch eine Geschwindigkeitsreduzierung eine deutliche Lärmreduktion erreicht werden könnte.</p> <p><u>Herr Bürgermeister Föll</u> erläutert, dass die Stadt Stuttgart kein generelles Vorkaufsrecht habe und selbst in Sanierungsgebieten nur dann ein Vorkaufsrecht ausüben könne, wenn die Zielsetzung des Sanierungsgebiets durch den Erwerber gefährdet ist. Für das Nill-Areal, das überdies nicht in einem Sanierungsgebiet liege, habe kein Vorkaufsrecht bestanden. Im Rahmen der Grundstücksveräußerung habe die Stadt dem Eigentümer ein freihändiges Kaufangebot auf der Grundlage des Verkehrswerts gemacht, der Eigentümer habe sich jedoch dafür entschieden, das Grundstück an einen anderen Interessenten zu veräußern. Gleichwohl habe die Stadt das Planungsrecht für dieses Areal und es gebe den entsprechenden Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Hedelfinger Straße / Unteres Rot in Hedelfingen.</p> <p><u>Herr Oberbürgermeister Kuhn</u> fügt an, dass man den Radverkehr ausbauen müsse, wenn man in Stuttgart weniger Autos und</p>	<p>nein</p> <p>X</p> <p>X</p>	<p>Ref. SOS</p>
--	--	---	-------------------------------	-----------------

		<p>stattdessen mehr Verkehr haben wolle, der keine fossilen Brennstoffe benötigt. Andere Städte seien hier bereits weiter. Bei der Hauptroute 2, die nach Esslingen weiterführt, handle es sich um eine bedeutende Hauptroute, die nur umgesetzt werden könne, wenn eine gewisse Anzahl von Parkplätzen wegfällt. Wenn man in einer so dicht bebauten Stadt wie Stuttgart sichere Radwege bauen wolle, befinde man sich immer in einem Zielkonflikt. Sichere Radwege bauen und gleichzeitig die Parkplätze erhalten funktioniere nicht. Alle Verkehrsarten müssten gleichberechtigt sein und Stuttgart sei eine autodominierte Stadt. Wenn man einer Verkehrsart mehr Raum geben wolle, habe dies natürlich Konsequenzen. Trotzdem müsse man immer die beste Lösung finden, zumal nicht unnötig viele Parkplätze wegfallen sollen, sondern nur die für die Herstellung eines sicheren Radweges erforderliche Zahl.</p> <p>Herr Oberbürgermeister Kuhn begrüßt Herrn Bundestagesabgeordneten Dr. Kaufmann (CDU).</p>		
9	<p><u>Thema: Verlängerung der Buslinie 65, Straßensanierung, Radwege</u></p> <p>Einem Bürger leuchte es nicht ganz ein, weshalb es für die Verlängerung der Buslinie 65 bis zum Flughafen</p>	<p><u>Herr Bürgermeister Thürnau</u> erklärt zur Buslinie 65, dass die Stadtverwaltung gemeinsam mit der SSB Überlegungen zur Attraktivität und Wirtschaftlichkeit der Linienführung</p>	X	

	<p>fen erforderlich ist, Beschleunigungsmaßnahmen auf der Filderauffahrt umzusetzen, da es sich nur um einen relativ kleinen Abschnitt im Verhältnis zur Gesamtstrecke der Buslinie handle.</p> <p>Des weiteren beklagt der Bürger den teilweise erbärmlichen Zustand der Nebenstraßen und nennt beispielhaft die Kreuzhaldenstraße und den Diepoldweg. Kürzlich sei die Verlängerung des Diepoldwegs, bei der es sich lediglich um einen für landwirtschaftlichen Verkehr freigegebenen Feldweg handle, sehr gut hergerichtet worden, während der als Fahrstraße genutzte Diepoldweg selbst nur flickenartig ausgebessert worden sei. Dies könne er nicht nachvollziehen, denn durch die in der Fahrbahn vorhandenen Risse werde sich der Straßenzustand weiter verschlechtern, wodurch zukünftig ein höherer Sanierungsaufwand entstehe.</p> <p>Zum Thema Radwege merkt der Bürger an, dass er Radwege befürworte, aber man könne seines Erachtens angesichts der topografischen Lage Stuttgarts nicht darauf beharren, dass es bei einer Hauptradroute keine Steigungen geben dürfe, so wie es bei einer Führung der Hauptradroute 2 durch die Nähterstraße der Fall wäre. Hier müsse man einmal ideologisch Abstand nehmen und pragmatisch handeln.</p>	<p>angestellt habe. Bei der Wirtschaftlichkeit stelle sich u. a. die Frage nach der Zahl der benötigten Fahrzeuge als auch nach dem Personaleinsatz. Die SSB sei zu dem Ergebnis gekommen, dass die Linie durch bestimmte Beschleunigungsmaßnahmen baulicher Art und durch Anpassung von Lichtsignalanlagen mit einem geringen Einsatz attraktiv gemacht werden könne und in einem gewissen Wirtschaftlichkeitsrahmen bleibe. Die Beschleunigungsmaßnahmen seien nicht nur in Hedelfingen, sondern auch in Heumaden vorgesehen.</p> <p>Die Frage zum Diepoldweg könne Herr Bürgermeister Thürnau nicht aus dem Stegreif beantworten, er werde dem Bürger daher eine schriftliche Antwort zukommen lassen. Er gehe davon aus, dass die Sanierung des landwirtschaftlichen Weges, der auch frequentiert werde, sinnvoll war. Es sei nun zu klären, weshalb die Sanierung auf dem weiteren Abschnitt des Diepoldwegs nicht fortgeführt wurde.</p> <p><u>Herr Bürgermeister Pätzold</u> antwortet zum Thema Radwege, dass man in Stuttgart immer auch Radwege mit Steigungen haben werde. Es stelle sich daher die Frage, welche Radwegführung mit der geringsten Steigung verbunden ist. Bei der Hauptrad-</p>	<p>nein</p> <p>X</p>	<p>Ref. T</p>
--	---	---	----------------------	---------------

		<p>route 2 sei die Führung über die Hedelfinger Straße mit max. 3 Höhenmetern die bessere Variante gegenüber der Alternative über die Nähterstraße, bei der 12 Höhenmeter zu überwinden seien. Der Alltagsradler wolle zügig vorankommen und die direkte Strecke sei häufig die, die auch der Autofahrer nimmt. Daher baue man an vielen Straßen diese direkte Führung der Hauptradrouten.</p>		
10	<p><u>Thema: Filderauffahrt</u></p> <p>Ein Bürger möchte von Herrn Oberbürgermeister Kuhn konkret wissen, ob er für oder gegen eine Filderauffahrt ist. Für den Fall, dass Herr Oberbürgermeister Kuhn eine Filderauffahrt ablehnt, bittet der Bürger um Auskunft, welche Alternativen er sieht, um die unsägliche Verkehrssituation in Hedelfingen einer Verbesserung zuzuführen. Mit dem langsamen Ausbau des ÖPNV werde sich keine Verbesserung erreichen lassen.</p>	<p><u>Herr Oberbürgermeister Kuhn</u> legt dar, dass selbst dann, wenn man den Bau der Filderauffahrt jetzt beschließen würde, die Filderauffahrt erst in 30 bis 40 Jahren fertiggestellt sein und sicherlich ca. 100 Mio. Euro kosten würde und daher seiner Überzeugung nach ein Luftschloss sei. Der Gemeinderat habe beschlossen, die Variante der Filderauffahrt mit dem langen Tunnel untersuchen zu lassen und diese Untersuchung werde erfolgen. Wenn man die Verkehrsprobleme lösen wolle, müsse man überlegen, wie der Autoverkehr in 20 Jahren aussehen wird, z. B. im Hinblick auf das autonome Fahren. Er sehe die Zukunft in einem Mix der verschiedenen Verkehrsarten und hoffe, dass die Leistungsfähigkeit des ÖPNV in 20 Jahren um 30 bis 40 % gesteigert werden kann. Man müsse auch bedenken, dass</p>	X	Ref.

		<p>jeder Euro nur einmal ausgegeben werden kann und durch den Bau des Rosensteintunnels seien die Landesmittel, die die Stadt für den Straßenbau erhält, für viele Jahre gebunden. Stuttgart 21 werde verkehrliche Verbesserungen für die Metropolexpresszüge aus der Region bringen. Die Nord-Ost-Umfahrung stehe im Bundesverkehrswegeplan, werde aber von einigen Gemeinden, wie Fellbach, massiv abgelehnt. Der sechsspurige Ausbau der B 10, der ebenfalls im Bundesverkehrswegeplan stehe, würde seines Erachtens dem gesamten Neckartal eine zusätzliche Belastung bringen. Am sinnvollsten sei eine Südwestumfahrung, also ein Ausbau der A 81 und A 8, der im Bundesverkehrswegeplan enthalten sei und nun umgesetzt werde. Herr Oberbürgermeister Kuhn sei für vernünftige Vorschläge zur Lösung des Verkehrsproblems in Stuttgart offen.</p>		
11	<p><u>Thema: Filderauffahrt, Radwege, Kreisverkehr am Hedelfinger Platz</u></p> <p>Ein Bürger führt aus, dass die Diskussion um die Filderauffahrt bereits vor 60 Jahren mit dem sog. „Tausendfüßler“, der von Wangen auf die Wangener Höhe und über eine Brücke bis nach Heumaden führen sollte, begonnen habe. Vor ca. 20 bis 25 Jahren sei die Friedrichswahl, seines Wissens auf Bestreben der</p>	<p><u>Herr Oberbürgermeister Kuhn</u> verweist auf seine vorherigen Äußerungen zur Filderauffahrt. In der Stadt habe man oft das Problem schwieriger Baustellen, die einige Zeit lang Erschwernisse mit sich bringen. Von daher wäre auch der Bau des Kreisverkehrs sicherlich zu bewältigen.</p>	X	

	<p>GRÜNEN, nicht gebaut worden und die übrigen Finanzmittel hätten für den Bau des Tunnels der Südfahrt in Hedelfingen verwendet werden können, aber der Tunnel sei nicht gebaut worden.</p> <p>Der Bürger kommt zudem auf die Hauptradroute 2 zu sprechen, die laut Herrn Bürgermeister Pätzold nicht über die Nähterstraße geführt werden könne, da dort 12 Höhenmeter zu überwinden seien. Andererseits wolle man aber die Hauptradroute 43 nach Heumaden bauen, bei der deutlich mehr als 12 Höhenmeter zu überwinden wären. Der Bürger bringt vor, dass ältere Leute ab 50 oder 60 sowie behinderte Menschen nicht Fahrrad fahren könnten. Auch auf diese Personen sollte man Rücksicht nehmen.</p> <p>In der Einladung zur Einwohnerversammlung werde der Bau eines Kreisverkehrs am Hedelfinger Platz erwähnt. Dies wäre seines Erachtens widersinnig, da wegen der dort befindlichen Stadtbahn- und Bushaltestellen ständig viele Fußgänger den Kreisverkehr überqueren und dadurch für erheblichen Staus sorgen würden.</p>	<p>Herr Bürgermeister Pätzold erwähnt, dass sich der Bürger auch bereits schriftlich an die Stadtverwaltung gewandt habe. Natürlich gehe es nach Heumaden den Berg hoch, aber auch dort nehme man die Strecke mit der geringsten Steigung. Zwischen Wangen und Hedelfingen würde der Bürger sicher auch lieber die einfachere Strecke wählen, wenn er täglich dort fahren müsste. Im Übrigen würden immer mehr ältere Menschen Radfahren. Für die Radfahrer benötige man einen sicheren Radweg. Dabei sollten die Radfahrer möglichst auf der Straße mit dem Verkehr fahren, damit sie von den Autofahrern gesehen werden.</p> <p>Bei dem Kreisverkehr am Hedelfinger Platz handle es sich um eine alte Planung, die nie umgesetzt worden sei, und um einen Wunsch aus Hedelfingen. Der Kreisverkehr wäre ein Lösungsansatz für den Hedelfinger Platz, bedürfe aber weiterer Untersuchungen. Die Umsetzung wäre an dieser Stelle nicht einfach, wenn man jedoch städtebauliche Verbesserungen will, müsse man in die Verkehrsfläche eingreifen.</p>		
--	--	---	--	--

12	<p><u>Thema: Umbau Dürrbachkreisel, Rückbau Rohrackerstraße, Hedelfinger Platz, Geschwindigkeitsreduzierung beim Waldheim Hedelfingen, Spielplatz Am Bergwald</u></p>	<p><u>Herr Oberbürgermeister Kuhn</u> weist darauf hin, dass Herr Bürgermeister Pätzold zum Thema Hedelfinger Platz und Kreisverkehr bereits Stellung genommen habe. Man werde die Anregungen des Bürgers mitnehmen und sobald Planungen erstellt worden seien, würden diese dem Bezirksbeirat vorgestellt.</p>	X	Ref. SOS
<p>Ein Bürger erinnert an die Diskussion über die Einrichtung des Kreisverkehrs am Dürrbachplatz vor 10 Jahren und ermutigt die Stadtverwaltung, den Bau eines Kreisverkehrs am Hedelfinger Platz aktiv in ihre Überlegungen einzubeziehen.</p> <p>Er habe gehört, dass der Kreisverkehr am Dürrbachplatz, der vor 6 Jahren provisorisch auf eine Fahrspur reduziert worden sei, im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Filderauffahrt nun endgültig auf eine Fahrspur zurückgebaut werden soll, und würde es begrüßen, wenn dieser Planungsabschnitt innerhalb des Gesamtprojekts vorgezogen werden könnte.</p> <p>Bezüglich des Hedelfinger Platzes regt der Bürger an, den von Obertürkheim kommenden Verkehr nicht zwei- sondern einspurig über die Kreuzung zu führen. Dann könnte der schmale Gehweg im Bereich der Rohrackerstraße 2 bis 4 verbreitert und die Radspur auch an dieser Stelle fortgeführt werden. Der Bürger beklagt die hohe Verkehrsbelastung in diesem Bereich, insbesondere der Baustellenfahrzeuge, die Richtung Filder unterwegs seien, habe deutlich zugenommen. Wenn die Rohrackerstraße zwischen Hedelfinger Platz und Dürrbachplatz durchgängig einspurig wäre, dann würde automatisch auch die Fahrgeschwindigkeit gedrosselt. Die Staus würden sich allerdings auf die andere Seite der Kreuzung verlagern.</p>	<p><u>Herr Bürgermeister Dr. Schairer</u> erklärt, dass der Gesetzgeber mit der neuen Straßenverkehrsordnung Möglichkeiten für eine Geschwindigkeitsreduzierung vor schutzbedürftigen Einrichtungen geschaffen habe. Es werde geprüft, ob eine Geschwindigkeitsreduzierung im Bereich des Waldheims möglich ist.</p>	nein		

	<p>Der Bürger bittet darum, die zulässige Höchstgeschwindigkeit im Bereich des Waldheims Hedelfingen, Heumadener Str. 110, auf 30 km/h zu reduzieren, da im Waldheim ein großer Bereich der Kinderbetreuung in Hedelfingen untergebracht und der Lärm weder im Außen- noch im Innenbereich für Kinder ausreichend gedrosselt sei. Durch die Geschwindigkeitsbegrenzung könnte auf die eigentlich dringend notwendige Lärmschutzwand verzichtet werden.</p> <p>Ferner bittet der Bürger um Mitteilung, ob das Spielhaus, das auf dem beim Waldheim befindlichen Spielplatz Am Bergwald seit einigen Wochen aus Sicherheitsgründen gesperrt sei, repariert, abgerissen oder erneuert werden soll.</p>		nein	Ref. T
13	<p><u>Thema: Hedelfinger Platz</u></p> <p>Eine Bürgerin erachtet die derzeitige Situation am Hedelfinger Platz für Fußgänger, insbesondere für Kinder, für sehr gefährlich. Man benötige teilweise zwei bis drei Minuten, um die Kreuzung zu überqueren, da die Fußgängerampeln nicht gleichzeitig auf Grün geschaltet seien, verpasse deshalb teilweise die Stadtbahn und müsse auf der Verkehrsinsel inmitten des starken Verkehrs warten. Sie erkundigt sich daher, ob es kurzfristig möglich wäre, eine Unter- oder Überführung für Fußgänger zu schaffen, so dass die Kreuzung direkt überquert werden kann, ohne an</p>	<p><u>Herrn Bürgermeister Pätzold</u> sei das Problem, dass die Fußgänger auf der Mittelinsel stehen bleiben müssen, bekannt. Es müsse unter Einbeziehung weiterer Aspekte, wie z. B. der Busbeschleunigung, geprüft werden, ob die Ampeln so geschaltet werden können, dass der Fußgänger die Straße in einem Zug überqueren kann, ohne inmitten des Verkehrs stehenbleiben zu müssen. Die Situation sei im Augenblick nicht gut und man werde daran arbeiten, Verbesserungen zu erreichen.</p>	nein	Ref. T



	Ampeln warten zu müssen. Das Überqueren der Kreuzung wäre für Fußgänger dann auch weniger gefährlich.			
14	<p><u>Thema: Ampelschaltung Hedelfinger Platz, Hauptradroute 2</u></p> <p>Ein Bürger fragt, ob die Ampel am Hedelfinger Platz nicht so geschaltet werden kann, dass der Verkehr aus Richtung Wangen besser fließt. Während der Grünphase könnten nur vier Autos die Ampel überqueren, was jeden Abend zu einem Rückstau bis nach Wangen führe. Erschwerend komme hinzu, dass die abbiegenden Autofahrer und die Fußgänger gleichzeitig grün haben und die Autofahrer daher nochmals warten müssten, bis der Fußgängerüberweg frei ist.</p> <p>Der Bürger berichtet ferner, dass Fußgänger durch die sehr schnell auf dem Gehweg der Hedelfinger Straße fahrenden Radfahrer gefährdet würden. Es habe bereits Unfälle gegeben. Er erkundigt sich, ob es möglich wäre, den Radweg über den Alosenweg zu führen.</p>	Herr Bürgermeister Thürnau führt aus, dass man sich die Ampelschaltung am Hedelfinger Platz nochmals anschauen werde. Bei einer solchen Straßensituation gebe es jedoch viele Nutzungsansprüche. Vielleicht könne man die Querung z. B. für den Fußgänger oder den ÖPNV zu beschleunigen, dies würde aber Auswirkungen auf andere Verkehrsteilnehmer haben. Das müsse man so verträglich wie möglich gestalten.	X	

15	<p><u>Thema: Lärmschutz, Lärmmessung</u></p> <p>Ein Bürger bringt vor, dass Hedelfingen ein sehr lärmbelasteter Stadtteil sei. Im Lärmaktionsplan von 2007 seien viele Maßnahmen vorgeschlagen worden, aber es hapere an der Umsetzung.</p> <p>Der Bürger spricht sich dafür aus, bei zukünftigen Lärmschutzmaßnahmen bzw. Lärmaktionsplänen den Lärm echt zu messen und die Lärmpegel nicht virtuell am Computer zu errechnen.</p>	<p><u>Herr Bürgermeister Pätzold</u> legt dar, dass der Lärmaktionsplan, der nun fortgeschrieben werde, viele Maßnahmen enthalten sind, von denen einige nicht umgesetzt worden seien, da sie sehr kostenintensiv sind oder da stark in den Verkehr eingegriffen werden müsste. Die Lärmbelastung werde berechnet, das Berechnungsmodell werde aber durch Messungen immer wieder kontrolliert, so dass die berechneten Werte ziemlich genau mit den gemessenen Werten übereinstimmen. An dicht befahrenen Straßen habe man in der Regel nicht nur ein Lärmproblem, sondern auch ein Problem mit Luftschadstoffen. Zur Lösung dieser Probleme bedürfe es der Verschiebung des Modal Split hin zu einer nachhaltigen Mobilität und zu weniger Verkehr.</p>	X	
16	<p><u>Thema:</u></p> <p>Ein Bürger, Vorsitzender der SportKultur Stuttgart e. V., dankt der Stadt Stuttgart, insbesondere dem Sportamt sowie den beteiligten Bezirksämtern und Bezirksvorstehern, für die Unterstützung des Vereins während des Fusionsprozesses und für die gute Zusammenarbeit. Als einer der wenigen Vereine in Stuttgart könne die SportKultur eine Steigerung der</p>	<p><u>Herrn Bürgermeister Dr. Schairer</u> sei bekannt, dass es sich bei der SportKultur Stuttgart um einen blühenden Verein handle, der einen Bedarf an Räumlichkeiten hat. Die Turn- und Versammlungshalle Hedelfingen werde nicht nur von der SportKultur genutzt. Herr Bürgermeister Dr. Schairer schlägt dem Bürger vor, mit ihm oder dem Sportamt Kon-</p>	X	

	<p>Mitgliederzahlen vorweisen, daher benötige die SportKultur dringend zeitgemäße Räume für Gymnastik, Fitness und Reha-Angebote. Die Turn- und Versammlungshalle Hedelfingen sei mittlerweile sehr veraltet. Der Bürger erkundigt sich, ob es Pläne der Stadt Stuttgart für einen sinnvollen Umbau der Halle gibt. Die SportKultur sei gerne bereit, sich an entsprechenden Planungen zu beteiligen.</p>	<p>takt aufzunehmen, damit geklärt werden kann, wie der Bedarf genau aussieht. Dann könne man auch sehen, ob es eventuell auch andere Räumlichkeiten gibt, die für den Verein passender wären, als die Turn- und Versammlungshalle.</p>		
17	<p><u>Thema: Hedelfinger Platz</u></p> <p>Eine Bürgerin verweist auf die vielen divergierenden Ansprüche und Bedürfnisse am Hedelfinger Platz und fragt, ob es nicht sinnvoll wäre, hier einen städtebaulichen Wettbewerb auszuloben, der auch die gestalterischen Aspekte berücksichtigt.</p>	<p><u>Herr Bürgermeister Pätzold</u> legt dar, dass zunächst das Thema Verkehr mit den Rahmenbedingungen geklärt werden müsse. Wenn man vorab nicht klärt, wie viel Fläche welche Verkehrsart bekommen soll, werde man auch mit einem städtebaulichen Wettbewerb keine Lösung bekommen. Wenn das Thema Verkehr einmal abgebildet worden sei, werde man natürlich in einen städtebaulichen Wettbewerb gehen.</p> <p><u>Herr Oberbürgermeister Kuhn</u> fügt an, dass man mit einem städtebaulichen Wettbewerb zu keiner Lösung komme, wenn eine Übernutzung durch den Verkehr vorhanden sei. Die wesentliche Frage sei letztendlich, wie der Verkehr reduziert werden kann. Wenn die Bereitschaft, z. B. auf den ÖPNV oder</p>	X	

		auf Carsharing umzusteigen, nicht wächst, werde man nicht weiterkommen. Er verfolge stets das Ziel, Verkehr zu vermeiden. Wenn es in Stuttgart 20 % weniger Autoverkehr gebe, dann gebe es auch deutlich weniger von den Problemen, die auch bei der heutigen Einwohnerversammlung angesprochen wurden.			
18	<p><u>Thema: Ehrenamt, Auflagen bei Veranstaltungen</u></p> <p>Als Vorsitzender des Gewerbe- und Handelsvereins Hedelfingen-Rohracker (GHV) beklagt ein Bürger, dass das Ehrenamt in der Stadt Stuttgart zwar mit Worten gelobt, de facto allerdings mit Taten behindert werde. Ausdrücklich ausnehmen wolle er hierbei das Bezirksamt Hedelfingen und den Bezirksbeirat sowie Frau Merx vom Stadtteilmanagement. Zur Verdeutlichung seines Anliegens schildert er beispielhaft ausführlich die Erfahrungen, die er bei der Vorbereitung des verkaufsoffenen Knausbira-Sonntags 2016 gemacht habe. Im vergangenen Jahr habe das Tiefbauamt entgegen der bisherigen Praxis keine Verkehrsschilder mehr zur Verfügung gestellt. Eine Begründung hierfür habe er nicht erhalten. Er verweist darauf, dass es sehr teuer sei, wenn eine Firma mit der Bereit- und Aufstellung von Schildern beauftragt werden muss. Ferner sei er vom Tiefbauamt aufgefordert worden, einen Schilderbeauftragten zu benennen und</p>	<p><u>Herr Bürgermeister Dr. Schairer</u> verweist darauf, dass hunderte von Festen in Stuttgart durchgeführt würden, für die das Genehmigungsverfahren nach dem gleichen Muster ablaufe. Anderen Veranstaltern bereite dies offenbar weniger Probleme. Es diene der Sicherheit des Festes, dass Verkehrsschilder nach gewissen Regeln aufgestellt werden müssen. Die Antwort, die Herr Oberbürgermeister Kuhn auf die Anfrage der Freien Wähler gegeben habe, sei korrekt gewesen.</p> <p><u>Herr Oberbürgermeister Kuhn</u> bittet den Bürger, ihm den geschilderten Vorgang zukommen zu lassen. Er wolle der Sache im Detail nachgehen und der Bürger werde dann eine Antwort erhalten, die ggf. auch im Bezirksbeirat erörtert werden könne. Er weist aber auch darauf hin, dass es ein Mindestmaß an</p>	X	nein	OBM i. V. m. Ref. SOS Ref. T

	<p>einen Qualifikationsnachweis entsprechend dem MVAS vorzulegen. Der Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Hedelfingen sei mangels Kursbelegung nicht als Schilderbeauftragter akzeptiert worden. Schließlich sei die Durchführung des Knausbira-Sonntags gestattet worden mit der Maßgabe, dass die Qualifizierungskurse umgehend nachgeholt werden. Durch Kursbelegungen im Januar 2017 habe der GHV dafür gesorgt, Schilderbeauftragte in den eigenen Reihen zu haben. Die Kosten von ca. 300 € seien privat finanziert worden. Kurz darauf habe man dann erfahren, dass Schilderbeauftragte in diesem Jahr nicht mehr gefordert werden. Der Bürger verweist zudem darauf, dass das tatsächliche Vorgehen der Verwaltung im Widerspruch zu der Antwort stehe, die Herr Oberbürgermeister Kuhn am 01.02.2017 auf eine Anfrage der Freien Wähler gegeben habe. Der Bürger berichtet zudem, dass für die Durchführung von Veranstaltungen des GHV in der Turn- und Versammlungshalle Hedelfingen detaillierte Bestuhlungspläne hätten gezeichnet werden müssen und dass für das Maifest in Rohracker nun plötzlich ein Antrag erforderlich gewesen sei, was bisher jahrelang nicht der Fall war. Er habe Verständnis für Vorschriften und dafür, dass Sicherheit an oberster Stelle stehe, aber wenn die Behörden weiterhin mit den im Ehrenamt Tätigen so umgehen, werde es bald keine ehrenamtlich Tätigen mehr geben.</p>	<p>formalen Regelungen geben müsse, weil es die Gesetzgebung so vorgibt.</p>		
--	---	--	--	--

19	<p><u>Thema: Steinenbergschule</u></p> <p>Eine Bürgerin bringt vor, dass die Schulsituation am Steinenberg vor allem deshalb so schwierig sei, da es nun um die Neugründung einer Schule gehe. Es sei viele Jahre lang bekannt gewesen, dass die Werkrealschule ausläuft. Dies bedeute, dass es jahrelang möglich gewesen wäre, eine Umwandlung unter einfacheren Bedingungen vorzunehmen. Sie fragt, weshalb die Verwaltung nicht bereits früher tätig wurde, sondern solange abgewartet hat, bis eine Neugründung erforderlich ist, für die die Hürden sehr hoch sind.</p>	<p><u>Frau Bürgermeisterin Fezer</u> sei seit einem Jahr Schulbürgermeisterin und könne die Vorgeschichte nun nicht im Detail darlegen. Bei der Steinenbergschule habe man eine neue Situation, die es bisher in Stuttgart so noch nicht gegeben habe, und das Regierungspräsidium habe erst dann die Auskunft erteilt, dass eine Neugründung erforderlich ist, als es für die Stadtverwaltung keine Möglichkeit mehr gegeben habe, anders zu agieren.</p>	X	
20	<p><u>Thema:</u></p> <p>Eine Bürgerin berichtet, dass es im Bereich der Bushaltestelle Bächlenweg in der Rohrackerstraße häufig zu gefährlichen Situationen komme, da Autofahrer den an der Haltestelle stehenden Bus schnell überholen wollen und dabei über den hinter der Haltestelle befindlichen Zebrastreifen rasen. Zudem sei die Rohrackerstraße auf diesem Abschnitt kerzengerade, was dazu führe, dass tendenziell mit 80 km/h statt mit 50 km/h gefahren werde. Auch aus Lärmschutzgründen wäre es zu begrüßen, wenn wenigstens die Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h eingehalten würde. Sie bittet daher, Maßnahmen für eine Geschwindigkeitsreduzierung zu ergreifen.</p>	<p><u>Herr Bürgermeister Dr. Schairer</u> dankt für den Hinweis. Man werde sich die Situation vor Ort anschauen und prüfen, ob eine Geschwindigkeitsreduzierung an dieser Stelle möglich ist.</p>	nein	Ref. SOS

Herr Oberbürgermeister Kuhn schließt die Einwohnerversammlung und dankt für die rege Diskussion. Es sei für die Verwaltung wichtig, die Meinung der Einwohnerinnen und Einwohner zu hören.

Stuttgart, 28.11.2017

Unger